

Anfrage Nr. 174

der Abgeordneten Dr. Wuermeling und Genossen

betr. Existenzsicherung der Familien der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Nachdem die Bezüge der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes zumeist heute noch auf dem Niveau des Jahres 1927 stehen, plant die Bundesregierung dem Vernehmen nach eine gewisse Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Leider kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die finanziellen Gegebenheiten nur eine Teilmaßnahme ermöglichen, die bei weitem nicht die Anpassung der Nominalbezüge bringt, die im Vergleich zu der in den letzten Jahren erfolgten Erhöhung der Nominallöhne unbedingt geboten wäre.

Unter diesen Umständen ergibt sich die Notwendigkeit, die verfügbar zu machenden Aufbesserungsbeträge in erster Linie dahin zu lenken, wo die wirtschaftliche Not und Verschuldung infolge der jahrelang unzureichenden Besoldung am größten ist, d. h. in die Beamten- und Angestelltenfamilien, deren Einkommen wegen der höheren Kopfzahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen schon seit Jahren nicht mehr zu den dringendsten Beschaffungen ausreicht. Für den, der ständig für 4, 6 oder 8 Köpfe nicht nur die Nahrung zu kaufen, sondern auch ständig 4 bis 8 Paar Schuhe, 4 bis 8 Bekleidungen, mehrere Schulgelder und dgl. aufzubringen und einen seit Jahren aufgestauten vielfachen Bedarf zu befriedigen hat, ist eine Aufbesserung der Bezüge vielfach dringlicher, als für solche, deren Bezüge nur für eine oder zwei Personen auszureichen brauchen.

1. Ist die Bundesregierung bereit, bei der vorgesehenen übergangsweisen Aufbesserung der Gehälter der besonderen Notlage der Familien dadurch Rechnung zu tragen, daß zunächst ein erheblicher Teil der verfügbar zu machenden Aufbesserungssumme vorab - etwa durch übergangsweise Erhöhung der Kinderzulagen - in die Haushalte mit Kindern gelenkt wird, denen eine ihrer sozialen Lage entsprechende Kleidung und Ausbildung der Kinder infolge des Tiefstandes des Realeinkommens seit Jahren nicht mehr möglich ist?

2. Wann kann mit einer entsprechenden Vorlage gerechnet werden?

Bonn, den 19. März 1951

Dr. Wuermeling
Bausch
Mühlenberg
Muckermann
Hoppe
Wacker

Frau Dietz
Degener
Günther
Horn
Bodensteiner